

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Manuel Baruschke

Ratsmitglied Volker Block

Ratsmitglied Norbert Peter Brandt

Ratsmitglied Marvin Hager

Ratsmitglied Christina Heide

Ratsmitglied Birgit Holtz

Ratsmitglied Susanne Kempcke

Bürgermeisterin Gesche Marxfeld

Beigeordneter Detlef Schön

Ratsmitglied Gabriele Schröder

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Martin Ehlers

Beigeordneter Uwe Heinemann

Ratsmitglied Anja Mandt

Ratsmitglied Sven Schoolmann

Ratsmitglied Jens Stoffers

Ratsmitglied Thomas Suberg

Ratsmitglied Olaf Werner

Mitglied Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW

Ratsvorsitzender Stefan Becker

Ratsmitglied Ulf Berner

Ratsmitglied Olaf Fischer

Ratsmitglied Dr. Angela Kirstges

Ratsmitglied Darwin Reinhard

Beigeordneter Dr. Günther Schulte

Ratsmitglied Dr. Uwe Weithöner

Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"

Ratsmitglied Anja Sanchez Mengeler

Ratsmitglied Petra Stomberg

Beigeordneter Andreas Tönjes

Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Ratsmitglied Martin Burkhart

Ratsmitglied Antje Johanna Kloster

Beigeordneter Miguel Schaar/Br. Franziskus

Ratsmitglied Walther Schäfer

Mitglied AfD-Fraktion

Ratsmitglied Torsten Kastrioti

Ratsmitglied Detlef Stump

Dezernent

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

Stadtbaurat Nikša Marušić

Stadtkämmerer Thomas Bruns

von der Verwaltung

Leitung Referat 5 - Referat für Recht, Kommunalverfassungsangelegenheiten, Kultur, Bildung und Sport Marion Winkel-Fiedelak

Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Julia Muth

Fachbereich Kommunikation & Koordination Alexander Ajwasow

Fachbereichsleitung Feuerwehr Josef Schun

Protokollführerin

Fachbereich Kommunikation & Koordination Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Nurhayat Bakir-Block

Ratsmitglied Heidi Bosse

Beigeordneter Markus Bulla

Ratsmitglied Michael Kiesewetter

Ratsmitglied Thorsten Moriß

Ratsmitglied Kristian Stoermer

Ratsmitglied Michael von den Berg

Bürgermeisterin Astrid Zaage

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

Einwohnerfragestunde auf Seite 5 und 22

B. Nichtöffentlicher Teil

A. Öffentlicher TeilTagesordnung:

8.1	Änderung der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Wilhelmshaven	294/2023
9.1.1	Änderung der Vergnügungssteuersatzung zum 1. Januar 2024	266/2023
9.1.2	Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze in der Stadt Wilhelmshaven (Hebesatzsatzung) 2024	265/2023
9.1.3	Verwendung Kohlestrukturhilfen; Zustimmung zum Förderantrag des Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverbandes (OOWV) für ein Wasser-Wald-Zentrum (WWZ) am Regionalen Umweltzentrum Schortens	279/2023
9.1.4	Verwendung Kohlestrukturhilfen; Zustimmung zum Förderantrag der Stadt Schortens für das Bürgerhaus Schortens	291/2023
9.1.5	Verwendung Kohlestrukturhilfen; Zustimmung zum Förderantrag Stadtteilhaus an der Marion-Dönnhoff-Schule	292/2023
9.1.6	Antrag SPD-Fraktion: Einführung der Ehrenamtskarte des Landes Niedersachsen	588/2023
9.1.7	Antrag Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP/FW: Sicherstellung der Umsetzung von Maßnahmen aus dem Tourismuskonzept in den Haushaltsjahren 23/24	593/2023
9.1.8	Antrag Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP/FW: Änderung der Satzung der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH	594/2023
9.1.9	Antrag Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW: Gewährung eines Darlehens an das Klinikum Wilhelmshaven zur Fortführung des Klinikneubaus	597/2023
9.1.10	Antrag Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW: Dokumentierung der Entwicklung der freiwilligen Leistungen im Ergebnishaushalt der Stadt Wilhelmshaven	598/2023
9.1.11	Antrag Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW: Verpflichtung der Fachbereichsleiter auf Erstellung von Stellungnahmen über die Möglichkeit von Aufwandssenkungen bei den Pflichtaufgaben	599/2023
9.6.1	B-Plan 179 B (Potenburg) - Sondergebiet Möbel - Verkauf	218/2023
9.6.2	Verkauf Bontekai 55	267/2023
9.6.3	Herrichtung der Ebertstr. 96 zur Erweiterung der GS Rheinstraße mit einer Ganztagsgrundschule durch einen Investor	268/2023
9.3.1	Bebauungsplan Nr. 90, 1. Änderung, Posener Straße zwischen Preußen- und Möwenstraße (mit Örtlicher Bauvorschrift), 1. Behandlung der Stellungnahmen, 2. Satzungsbeschluss	249/2023
9.3.2	Bebauungsplan Nr. 40, 6. Änderung (vorhabenbezogen) / Vorhaben- und Erschließungsplan 035 (VEP 035) Havermonikenstraße / Kohlenhafen-Entwurfsbeschluss	255/2023
9.3.3	Bebauungsplan Nr. 40, 7. Änderung - Havermonikenstraße / Kohlenhafen - 1. Behandlung der Stellungnahmen 2. Satzungsbeschluss	256/2023
9.3.4	94. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Wilhelmshaven , Nördlich Uppers (Energie - Infrastruktur), Entwurfsbeschluss	257/2023
9.7.1	Jahresabschluss 2022 Technische Betriebe Wilhelmshaven	274/2023
9.7.2	Entnahme aus Rücklagen	289/2023
9.2.1	Antrag der SPD-Fraktion auf Schaffung von zwei neuen Stellen (Kontrolle des ruhenden Verkehrs)	561/2023
9.2.2	Antrag SPD-Fraktion: Kündigung des Vertrages mit dem Service Center Oldenburg zum 31.12.2024 und gleichzeitiger Aufbau eines städtischen Service Centers	562/2023
9.2.3	Antrag WIN@WBV-Fraktion: Einbindung des Rates in die Entwicklungsplanung im Rahmen des Stellenplans	566/2023
9.4.1	Antrag CDU-Fraktion: Nutzungskonzept Beachvolleyballanlage Freiligrathstraße	580/2023
9.5.1	Einführung eines Klima-Checks für Beschlussvorlagen	243/2023
9.5.2	Satzung über die Erhebung von Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Feuerwehr (Berufsfeuerwehr und Freiwillige Feuerwehr) außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben	282/2023
9.5.3	Errichtung eines Multifunktionsgebäudes auf dem Gelände der Feuer- und Rettungswache 2	285/2023

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Becker eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Anschließend rief er zu einer Gedenkminute für die Opfer des Krieges in Israel auf.

2 Feststellung der Tagesordnung

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Werner** informierte **Oberbürgermeister Feist** kurz über den aktuellen Sachstand hinsichtlich der Beschlussfassung zum Thema „Finanzierung Klinikum“. Eine Beratung in der heutigen Sitzung sei angesichts der Informationslage und aus sitzungsökonomischen Gründen entbehrlich.

Herr Block bat um Änderung der Reihenfolge der Tagesordnung, um die Beratungspunkte von großer Wichtigkeit vorzuziehen.

Die Reihenfolge solle dabei wie folgt geändert werden:

1. TOP 9.1 Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen
2. TOP 9.6 Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude
3. TOP 9.3 Ausschuss für Planen und Bauen
4. TOP 9.7 Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven
5. TOP 9.2 Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen
6. TOP 9.4 Ausschuss für Sport
- 7 TOP 9.5 Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Brandschutz.

Außerdem bat er, **Tagesordnungspunkt 9.5.3** von der Tagesordnung zu nehmen.

Anschließend bat **Herr Tönjes** um Klärung der Frage, ob es überhaupt möglich sei, eine laufende Ratssitzung zu unterbrechen, um eine neue Sitzung anzufangen. Dies wurde von **Herrn Schönfelder** bejaht.

Oberbürgermeister Feist gab abschließend bekannt, dass die für Freitag, den 13. Oktober vorgesehene Fortsetzung der heutigen Ratssitzung nicht stattfinden könne, da ihm bereits im Vorfeld von einer großen Zahl von Ratsmitgliedern signalisiert worden sei, nicht teilnehmen zu können. Aus diesem Grunde sehe er zum einen die Beschlussfähigkeit in Gefahr; zum anderen bildeten die dann herrschenden Mehrheitsverhältnisse nicht die Wahlergebnisse ab. In Absprache mit dem Ratsvorsitzenden habe er beschlossen, auf diesen Termin zu verzichten. In diesem Zusammenhang bat er zu beachten, dass es im nichtöffentlichen Teil einen Punkt gebe, der zwingend in der heutigen Sitzung beraten werden müsse.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 23 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen)

Die Tagesordnung wird in der geänderten Form festgestellt.

3 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 30.08.2023

Herr Tönjes bat um Korrektur der Stimmenanzahl auf Seite 5 sowie der Schreibweise des Namens von Frau Sanchez Mengeler, die auf S. 26 falsch wiedergegeben sei.

Darüber hinaus bemängelte er die Pünktlichkeit und den Inhalt des Protokolls.

(Anmerkungen zu Protokoll: die Korrekturen wurden vorgenommen.)

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(inklusive Änderung, bei 29 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 30.08.2023 wird genehmigt.

4 Einwohnerfragestunde I
(Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde gem. § 20 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde lagen nicht vor.

5 Aktuelle Stunde

Herr Schönfelder nahm Bezug auf den Antrag der Gruppe Die BUNTEN auf Durchführung einer aktuellen Stunde.

Dabei ging er zunächst kurz auf die Voraussetzungen für die Durchführung ein. Hinsichtlich der „Tagesaktualität“ könne die Verwaltung die Begründung der Antragsteller nicht teilen. Das Vorliegen einer Strafanzeige stelle keine Angelegenheit der kommunalen Selbstverwaltung dar. Außerdem gelte hier die Unschuldsvermutung solange, bis diese widerlegt sei. Somit könne die Aktualität nicht mit dem Vorliegen einer Strafanzeige begründet werden.

Außerdem könne das „kommunalpolitische Interesse“ nicht bejaht werden. Betreiber des Tierheims sei ein Tierschutzverein, also eine juristische Person des Privatrechts. Die Überwachung der Tierheime liege aber nicht im Zuständigkeitsbereich der Stadt Wilhelmshaven, vielmehr habe sie diese Aufgabe auf den Zweckverband Veterinäramt JadeWeser delegiert.

Zuletzt sei die geforderte „eingehende Untersuchung der Verantwortungslosigkeit im Umgang mit Tieren“ nicht Aufgabe der Stadt. Dafür seien vielmehr die Ordnungsbehörde im Tierschutzverfahren und die Staatsanwaltschaft zuständig. Die Verwaltung vertrete daher die Auffassung, dass diese aktuelle Stunde aus den genannten Gründen nicht zulässig sei.

6 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es lagen keine Berichte vor.

7 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Oberbürgermeister Feist berichtete über den aktuellen Sachstand zur Solidaritätspartnerschaft mit der ukrainischen Stadt Kremenchuk. Von dort gebe es auf die Ende August angebotene Solidaritätspartnerschaft bislang noch keine Reaktion. Nach neuesten Meldungen strebe auch die Stadt Tübingen eine Solidaritätspartnerschaft mit Kremenchuk an; außerdem unterstütze die Stadt Gelsenkirchen die Stadt und stelle Einsatzfahrzeuge sowie Hilfsgüter zur Verfügung. Anschließend ging Herrn Feist noch kurz auf die aktuelle Lage in Kremenchuk ein.

8 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat
(Beigeordneter Block)

8.1 Änderung der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Wilhelmshaven **294/2023**

Herr Block trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 09.10.2023 vor.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 35 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die in der Anlage beigefügte Änderung der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Wilhelmshaven.

9 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

9.1 Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen
(Beigeordneter Heinemann)

9.1.1 Änderung der Vergnügungssteuersatzung zum 1. Januar 2024 **266/2023**

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 09.10.2023 vor.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 34 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Änderung der Vergnügungssteuer-satzung zum 1. Januar 2024.

9.1.2 Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze in der Stadt Wilhelmshaven (Hebesatzsatzung) 2024 **265/2023**

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 09.10.2023 vor.

Nachdem **Herr Block** signalisiert hatte, dass die SPD-Fraktion hier uneinheitlich abstimmen werde, erklärte **Herr Schön**, er werde den Beschlussvorschlag ablehnen, da er bereits in der Haushalts-Ratssitzung gegen die Anhebung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer gestimmt habe.

Herr Tönjes signalisierte die Zustimmung der Gruppe Die BUNTEN und wendete in Richtung von Herrn Schön ein, es hätten sich seit diesem Ratsbeschluss viele der dort angeführten Argumente bzw. Voraussetzungen geändert.

Herr Fischer mahnte, an dieser Stelle nicht erneut in eine Haushaltsdiskussion einzutreten, da über den Haushalt bereits beschlossen worden sei.

Herr Ehlers erklärte, er werde als direkt Betroffener weder an der Diskussion noch an der Abstimmung teilnehmen.

Nach weiteren Wortmeldungen der **Herren Stump** und **Schaar** erfolgte die Abstimmung.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 23 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen –darunter Herr Brandt, SPD-Fraktion - und 3 Enthaltungen, bei Nicht-Teilnahme von Herrn Ehlers, CDU-Fraktion)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze in der Stadt Wilhelmshaven (Hebesatzsatzung) zum 1. Januar 2024.

9.1.3 Verwendung Kohlestrukturhilfen; Zustimmung zum Förderantrag des Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverbandes (OOVV) für ein Wasser-Wald-Zentrum (WWZ) am Regionalen Umweltzentrum Schortens **279/2023**

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 09.10.2023 vor.

Oberbürgermeister Feist bat um das Einverständnis auf einen erneuten Vortrag zu verzichten, da dieser bereits im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen vorgestellt worden sei.

Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

Herr Werner verlieh seiner Forderung nach einer Strategie und einer Gesamtplanung Ausdruck. Darüber hinaus bat er eindringlich, die für die

Förderung vorgeschriebene Beratungsreihenfolge einzuhalten. Anderenfalls werde unnötig Druck erzeugt.

Oberbürgermeister Feist erklärte, die Strategie befinde sich nunmehr in Vorbereitung nachdem die dafür zuständige Stelle zunächst eineinhalb Jahre unbesetzt gewesen sei. Er räumte einen nicht optimalen Start in die Verwendung der Kohlestrukturhilfen ein, doch sei die geforderte Reihenfolge immer eingehalten worden. Da die Sitzungshäufigkeit der zuständigen Gremien nunmehr erhöht worden sei, werde dies künftig nicht mehr passieren.

Herr Stump wies darauf hin, dass die AfD-Fraktion den Beschlussvorschlag ablehnen werde, da man dies für überflüssig halte.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 35 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven erklärt das Einvernehmen zum Förderantrag des OOWV für ein Wasser-Wald-Zentrum (WWZ) am Regionalen Umweltzentrum Schortens.

9.1.4 Verwendung Kohlestrukturhilfen; Zustimmung zum Förderantrag der Stadt Schortens für das Bürgerhaus Schortens **291/2023**

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 09.10.2023 vor.

Oberbürgermeister Feist begrüßte die Herren Böhling und Hage, Bürgermeister und Erster Stadtrat der Stadt Schortens, und wiederholte seine Bitte bezüglich des Vortrages.

Auch hier erhob sich kein Widerspruch.

Die **Herren Burkhart** und **Schön** signalisierten ihre Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 35 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven erklärt das Einvernehmen zum Förderantrag der Stadt Schortens für das Bürgerhaus Schortens.

9.1.5 Verwendung Kohlestrukturhilfen; Zustimmung zum Förderantrag Stadtteilhaus an der Marion-Dönnhoff-Schule **292/2023**

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 09.10.2023 vor.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Stump** erklärte **Oberbürgermeister Feist**, im Stadtnorden in Fedderwardergroden gebe es ein Familienzentrum. Ein Stadtteilhaus gehe noch über das dortige Angebot hinaus.

Herr Burkhardt bat, die Beschlussvorlage zu ändern, da 14 und nicht 12 Mio.€ als förderfähig eingestuft worden seien.

Dies wurde von **Herrn Marušić** bestätigt.

Frau Mandt zeigte sich erfreut und lobte das Projekt.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 35 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven erklärt das Einvernehmen zum Förderantrag Stadtteilhaus an der Marion-Dönnhoff-Schule.

9.1.6 Antrag SPD-Fraktion: Einführung der Ehrenamtskarte des Landes Niedersachsen **588/2023**

Herr Hager brachte den Antrag ein.

Herr Schaar dankte dem Fachbereich Bildung und Sport für die bestehende Ehrenamtskarte.

Herr Heinemann hielt den Vorschlag der SPD-Fraktion für eine sinnvolle Ergänzung.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Der Rat der Stadt beschließt,

1. Die Stadt Wilhelmshaven beteiligt sich an der Länderübergreifenden Ehrenamtskarte des Landes Niedersachsen und des Landes Bremen. Der zuständige Fachbereich unterstützt die Ehrenamtlichen bei der Beantragung der Karte.
2. Die Stadt Wilhelmshaven geht auf Verbände und Unternehmen im Stadtgebiet zu und ermutigt Sie, sich bei Aktionen rund um die Länderübergreifende Ehrenamtskarte zu beteiligen.
3. Die Stadtwerke Verkehrsgesellschaft wird angewiesen, bestehende Angebote und Rabatte aus der lokalen Ehrenamtskarte auch auf die Länderübergreifende Ehrenamtskarte zu übertragen.

9.1.7 Antrag Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP/FW: Sicherstellung der Umsetzung von Maßnahmen aus dem Tourismuskonzept in den Haushaltsjahren 23/24 **593/2023**

Herr Fischer brachte den Antrag der Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW ein. Gleichzeitig **beantragte** er, den 2. Satz zu streichen. Dies werde als Antrag zum Stellenplan zu einem späteren Zeitpunkt eingebracht.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Burkhardt** informierte **Herr Bruns** über die Finanzierung der Maßnahmen. **Oberbürgermeister Feist** ergänzte, dass von den drei Maßnahmen der Prioritätenliste zwei nicht förderfähig gewesen und daher entsprechende Alternativen im Rat vorgestellt worden seien. Nunmehr müsse die Erstellung der dazugehörigen Detailkonzeptionen durch die WTF abgewartet werden.

Der daraufhin von **Herrn Burkhardt** eingebrachte Antrag auf **Vertagung** wurde nach Wortmeldungen der Herren Fischer, Oberbürgermeister Feist und Heinemann bei 10 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

Dem Änderungsantrag der Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW wurde bei 26 Ja-Stimmen und 11 Enthaltungen **einstimmig zugestimmt**.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(inklusive Änderung, bei 26 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen)

Der Rat beschließt,
die Verwaltung wird beauftragt sicherzustellen, dass der Beschluss 514/2022 für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 in Höhe von insgesamt 1,2 Million € für die Umsetzung von Maßnahmen des Tourismuskonzepts umgesetzt werden.

~~Zur Beschleunigung der Umsetzung des Tourismuskonzeptes wird die dafür verantwortliche Mitarbeiterin der Stadtverwaltung an die WTF GmbH abgestellt.~~

(gestrichen auf Antrag der Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW im Rat am 10.11.2023)

9.1.8 Antrag Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP/FW: Änderung der Satzung der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH **594/2023**

Herr Dr. Schulte brachte den Antrag ein und begründete diesen anschließend.

Herr Schön signalisierte die Zustimmung der SPD-Fraktion.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 34 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen)

Der Rat beschließt,
die Satzung des Klinikum Wilhelmshaven wird wie folgt geändert:

§ 10

Der Aufsichtsrat besteht aus 14 Stimmberechtigten Mitgliedern sowie weiteren nicht stimmberechtigten Mitgliedern und ggf. nicht stimmberechtigten Mitgliedern, die ein Grundmandat ausüben.

Mitglieder sind:

.....

d)

Zwei Arbeitnehmer, die in einem Arbeitsverhältnis zum Klinikum gGmbH stehen oder im Rahmen der Personalgestellung durch den Eigenbetrieb RNK dauerhaft im Klinikum arbeiten,

Die Wahl ist in Anlehnung an das durch die Wahlordnung zum Drittelbeteiligungsgesetz vorgegebene Wahlverfahren durchzuführen. Die Arbeitnehmer scheiden mit Beendigung ihres jeweiligen Arbeitsverhältnisses aus dem Aufsichtsrat aus, ihre Amtsdauer.....

Begründung zu Buchstabe d):

Die vom Eigenbetrieb RNK ins Klinikum entliehenen Arbeitnehmer wurden bisher nicht zur Wahl der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat zugelassen. Dies wird durch die Satzungsänderung nunmehr ermöglicht und entspricht somit den gesetzlichen Regelungen. Die Wahlberechtigung der vom RNK gestellten Mitarbeiter des Klinikums muss vom Betriebsrat selbst umgesetzt werden.

Die Satzung der gGmbH sieht die analoge Anwendung des Drittelbeteiligungsgesetz vor. Diese verweist für die Wahlberechtigung über § 5 Abs.2 Betriebsverfassungsgesetz auf § 7 Abs.2, Satz 2.: „Werden Arbeitnehmer eines anderen Arbeitgebers zur Arbeitsleistung überlassen, so sind diese wahlberechtigt, wenn sie länger als drei Monate im Betrieb eingesetzt werden.“

Da die Arbeitnehmer des RNK im Wege der Personalgestellung dauerhaft an die gGmbH entliehen sind, sind sie wahlberechtigt.

e) ein nicht stimmberechtigtes Mitglied des Betriebsrates der Gesellschaft, das vom Betriebsrat benannt wird.

Begründung zu e)

Da das entsandte Mitglied des Betriebsrates kein Stimmrecht hat, ist es rechtlich nicht als Arbeitnehmervertreter im Rahmen der Mitbestimmung einzustufen, daraus folgt, dass es nicht von den Arbeitnehmern unmittelbar gewählt werden muss, sondern von dem Betriebsrat entsandt werden kann.

Die bisherigen Buchstaben e) und f) werde zu f) und g)

- 9.1.9 Antrag Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW: Gewährung eines Darlehens an das Klinikum Wilhelmshaven zur Fortführung des Klinikneubaus **597/2023**

Herr Dr. Schulte brachte den Antrag ein und begründeten diesen.

Herr Block beantragte die **Vertagung** wegen weiteren Informationsbedarfs.

Nach Wortmeldungen der **Herren Heinemann, Burkhart, Baruschke, Fischer** und **Oberbürgermeister Feist** zum Geschäftsordnungsantrag wurde dieser bei 35 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen **einstimmig angenommen**.

Beschluss: **vertagt**

Der Rat beschließt,
dem Klinikum Wilhelmshaven wird vom Eigenbetrieb RNK ein Darlehen in Höhe von 35,4 Mio. € für die Fortführung des Klinikneubaus gewährt.
Die Verwaltung wird beauftragt, die zur Umsetzung notwendigen, insbesondere haushaltsrechtlichen Schritte einzuleiten.

- 9.1.10 Antrag Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW: Dokumentierung der Entwicklung der freiwilligen Leistungen im Ergebnishaushalt der Stadt Wilhelmshaven **598/2023**

Herr Fischer erklärte, die Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW werde diesen und den folgenden Antrag **zurückziehen** und begründete diesen Vorschlag anschließend.

- 9.1.11 Antrag Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW: Verpflichtung der Fachbereichsleiter auf Erstellung von Stellungnahmen über die Möglichkeit von Aufwandssenkungen bei den Pflichtaufgaben **599/2023**

zurückgezogen

- 9.6 Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude (Ratsfrau Mandt)

- 9.6.1 B-Plan 179 B (Potenburg) - Sondergebiet Möbel - Verkauf **218/2023**

Frau Mandt trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 05.10.2023 vor.

Herr Block beantragte für die SPD-Fraktion die folgende **Änderung**:

„Verkauf der Fläche erst nach Feststellung des Planungsrechtes, dann zum vollen Preis.“

Nach Wortmeldungen von **Herrn Fischer** und **Herrn Tönjes** beantragte **Herr Schön** „**Schluss der Debatte**“.

An der Diskussion über den Geschäftsordnungsantrag beteiligten sich **Herr Tönjes, Frau Kloster, Herr Baruschke, Herr Werner** und **Herr Schön**.

Der Geschäftsordnungsantrag von **Herrn Schön** wurde anschließend bei 23 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen **mehrheitlich angenommen**.

Nachdem **Herr Marušić** eine Nachfrage von **Frau Kloster** beantwortet hatte, erfolgte die Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion. Dieser wurde bei 24 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(inklusive Änderung, bei 24 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen)

Der Rat stimmt dem einer noch zu vermessenden Fläche aus dem Grundstück Gemarkung Rüstringen, Flur 12, Flurstück 1/29 mit einer Gesamtfläche von 40.197 m² (unbeplant und unerschlossen) zu einem in Höhe von 45 €/m² und daraus resultierend einer Gesamtsumme in Höhe von 1.808.865,00€ die Firma ML Immo GmbH, Mergentheimerstr. 59, 97084 Würzburg zu.

Verkauf der Fläche erst nach Feststellung des Planungsrechtes, dann zum vollen Preis.

(ergänzt auf Antrag der SPD-Fraktion im Rat am 11.10.2023)

9.6.2 Verkauf Bontekai 55

267/2023

Frau Mandt trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 05.10.2023 vor.

Herr Fischer begründete kurz, warum die Vorlage im Betriebsausschuss einstimmig abgelehnt worden ist.

Herr Schön signalisierte die Ablehnung der SPD-Fraktion.

Herr Marušić ging kurz auf die Gründe des Verkaufs ein: Auf der Suche nach Einsparmöglichkeiten im Rahmen der Haushaltskonsolidierung sei man auf dieses Gebäude gestoßen, das nicht ausreichend Gewinne erwirtschaftete.

Nachdem **Herr Bruns** die Zahlen konkretisiert hatte, gingen die **Herren Tönjes, Werner** und **Dr. Schulte** auf die Höhe der Mieten ein. Hier sollte geprüft werden, ob eine Erhöhung nicht sinnvoll wäre, zumal mit dem Kapitaldienst auch wirtschaftliche Werte geschaffen würden.

Beschluss: mehrheitlich **abgelehnt**
(bei 1 Ja-Stimme, 35 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)

Aufgrund der angespannten finanziellen Lage und des hohen Investitionsbedarfes im Wirtschaftsplan GGS in den nächsten Jahren wird das Objekt Bontekai 55 mit einem Mindestgebot von 3,8 Mio. € zum Verkauf ausgeschrieben.

9.6.3 Herrichtung der Ebertstr. 96 zur Erweiterung der GS Rheinstraße mit einer Ganztagsgrundschule durch einen Investor **268/2023**

Frau Mandt trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 05.10.2023 vor.

Die **Herren Stump** und **Tönjes** erklärten sich nicht einverstanden mit dem Beschlussvorschlag aufgrund des Zielkonfliktes zwischen öffentlicher Hand und privaten Investoren.

Herr Block beantragte die **Vertagung** aufgrund des noch bestehenden erheblichen Informationsbedarfs.

An der Diskussion über den Vertagungsantrag beteiligten sich **Herr Schön, Frau Mandt, Herr Fischer, Herr Stump, Herr Marušić, Herr Schönfelder** und **Herr Burkhart**.

Der Vertagungsantrag wurde bei 22 Ja-Stimmen und 15 Nein-Stimmen **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: **vertagt**

Das Objekt Ebertstr. 96 wird zum Zweck der Erweiterung der GS Rheinstraße zu einer Ganztagschule durch einen privaten Investor angeboten.

Die Ausschreibung erfolgt nach Freigabe des Raumprogrammes durch das Dezernat II.

Anschließend wurde die Sitzung für eine **Pause von 16:45 Uhr bis 17 Uhr** unterbrochen.

Nach Wiedereinstieg in die Tagesordnung erfolgte die Beratung der Punkte aus dem Ausschuss für Planen und Bauen.

9.3 Ausschuss für Planen und Bauen (Beigeordneter Schön)9.3.1 Bebauungsplan Nr. 90, 1. Änderung, Posener Straße zwischen Preußen- und Möwenstraße (mit Örtlicher Bauvorschrift), 1. Behandlung der Stellungnahmen, 2. Satzungsbeschluss **249/2023**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 26.09.2023 vor.

Herr Schaar bat festzuhalten, dass es sich bei den Zeugen Jehovas nicht um eine Kirche handele.

Herr Stump erklärte, die AfD-Fraktion werde zustimmen.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Abwägung zu den im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, der Nachbargemeinden und der Öffentlichkeit vorgebrachten Stellungnahmen gem. Vorlage (Ergänzungsblatt Seite 01 bis 05). Sie ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

2. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 10 (1) des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 4. Januar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 6) i. V. m. §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der z. Zt. geltenden Fassung den Bebauungsplan Nr. 90, 1. Änderung – Posener Straße zwischen Preußen- und Möwenstraße -, aufgestellt im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB, als Satzung. Die Begründung in der Fassung vom 21.08.2023 mit den Angaben nach §2a BauGB ist dem Bebauungsplan gem. §9 (8) des BauGB beigefügt.

9.3.2 Bebauungsplan Nr. 40, 6. Änderung (vorhabenbezogen) / Vorhaben- und Erschließungsplan 035 (VEP 035) Havermonikenstraße / Kohlenhafen- Entwurfsbeschluss **255/2023**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 26.09.2023 vor.

Während **Herr Stump** die Zustimmung der AfD-Fraktion signalisierte, da hier ein „Schandfleck“ beseitigt werde, erklärte **Herr Tönjes**, die Gruppe Die BUNTEN würde den Beschlussvorschlag ablehnen.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 30 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf des Bebauungsplans Nr. 40, 6. Änderung (vorhabenbezogen)/ Vorhaben- und Erschließungsplan 035 (VEP 035) - Havermonikenstraße/ Kohlenhafen - zu und beschließt, diesen mit Begründung und umweltbezogenen Stellungnahmen einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

9.3.3 Bebauungsplan Nr. 40, 7. Änderung – Havermonikenstraße / Kohlen- **256/2023**
hafen – 1. Behandlung der Stellungnahmen 2. Satzungsbeschluss

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 26.09.2023 vor.

Auch hier betonte **Herr Tönjes**, die Gruppe Die BUNTEN werde ablehnen; es handele sich um eine überflüssige Straße.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 26 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Abwägung zu den im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, der Nachbargemeinden und der Öffentlichkeit vorgebrachten Stellungnahmen gem. Vorlage (Ergänzungsblatt Seite 01 bis 04). Sie ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

2. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 10 (1) des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147), den Bebauungsplan Nr. 40, 7. Änderung – Havermonikenstraße/ Kohlenhafen - Zusatz: aufgestellt im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB) als Satzung. Die Begründung in der Fassung vom 05.09.2023 mit den Angaben nach §2a BauGB ist dem Bebauungsplan gem. §9 (8) des BauGB beigefügt.

9.3.4 94. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Wilhelmshaven, **257/2023**
Nördlich Utters (Energie - Infrastruktur), Entwurfsbeschluss

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 26.09.2023 vor.

Herr Burkhardt teilte mit, der Ortsrat habe im Rahmen einer Sondersitzung zugestimmt. Gleichzeitig werde darum gebeten, die Bodendenkmäler soweit wie möglich zu erhalten und den Fledermausbestand nachhaltig zu sichern. Im Nachgang müsse ein besonderes Augenmerk auf die Schallemissionen gelegt werden.

Frau Mandt bat zu beachten, dass der Ortsrat bitte künftig in die reguläre Sitzungsreihenfolge mit aufgenommen werde.

Herr Marušić sagte dies zu. In diesem Fall sei dies jedoch aus zeitlichen Gründen nicht geschehen.

Herr Fischer sprach seine Anerkennung dafür aus, dass die Dörfer hier Verantwortung übernommen hätten.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 29 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf der 94. Änderung des Flächennutzungsplanes –Nördlich Utters (Energie-Infrastruktur) - zu und beschließt, diese mit Begründung und Umweltbericht einen Monat lang öffentlich auszulegen sowie im Internet zu veröffentlichen. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

9.7 Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven
(Ratsherr Moriße)

9.7.1 Jahresabschluss 2022 Technische Betriebe Wilhelmshaven **274/2023**

Frau Mandt trug in Vertretung für Herrn Moriße den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Technische Betriebe vom 06.10.2023 vor.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 34 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen)

1. Der Jahresabschluss der Technischen Betriebe Wilhelmshaven (TBW) zum 31.12.2022 wird gemäß Abschlussprüfung der Göken, Pollak und Partner Treuhandgesellschaft mbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, mit einem Jahresgewinn von 479.736,49 € beschlossen (festgestellt).
2. Der Lagebericht wird gleichfalls festgestellt.
3. Gemäß § 35 der Niedersächsischen Eigenbetriebsverordnung wird der Betriebsleitung Entlastung erteilt.
4. Der Jahresgewinn in Höhe von 479.736,49 € wird zur Verzinsung des Eigenkapitals vollständig an den Haushalt der Stadt Wilhelmshaven ausgeschüttet.

9.7.2 Entnahme aus Rücklagen**289/2023**

Frau Mandt trug in Vertretung für Herrn Moriß den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Technische Betriebe vom 06.10.2023 vor.

Herr Fischer und **Frau Mandt** zeigten sich besorgt hinsichtlich der Deckelung

Herr Marušić gab zu bedenken, dass damit die dauerhafte Leistungsfähigkeit des Betriebes nicht gewährleistet sei. Vor Erstellung des Wirtschaftsplanes 2024 müsse es daher entsprechende Gespräche geben.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 29 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen)

Aus dem Eigenkapital (Allgemeine Rücklage) der Technischen Betriebe Wilhelmshaven (TBW) wird ein Betrag in Höhe von 1.350.263,51 € entnommen und an den Haushalt der Stadt Wilhelmshaven ausgeschüttet.

9.2 Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen
(Beigeordneter Bulla)9.2.1 Antrag der SPD-Fraktion auf Schaffung von zwei neuen Stellen **561/2023**
(Kontrolle des ruhenden Verkehrs)

Herr Brandt brachte den Antrag ein und beantragte zugleich die *Änderung* in „im Bereich des kommunalen Ordnungsdienstes“.

Herr Bruns ging kurz auf die finanziellen Auswirkungen und den Stellenbedarf ein und gab zu bedenken, dass damit dem Haushalt vorgegriffen würde.

Herr Walpurgis beantragte daraufhin die **Vertagung** des Antrages, wie bereits im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen geschehen.

Der Vertagungsantrag wurde mit 10 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 17 Enthaltungen **bei Stimmengleichheit abgelehnt**.

Nach einer Wortmeldung von **Herrn Fischer** beantragte **Frau Kloster** „**Nichtbefassung**“.

Nachdem sich **Herr Heinemann** dazu zu Wort gemeldet hatte, wurde dieser Geschäftsordnungsantrag bei 23 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: **Nichtbefassung**

Die Verwaltung wird beauftragt zur Schaffung zweier neue Stellen im Bereich 32 (Bürgeramt), Kontrolle des ruhenden Verkehrs.

- 9.2.2 Antrag SPD-Fraktion: Kündigung des Vertrages mit dem Service Center Oldenburg zum 31.12.2024 und gleichzeitiger Aufbau eines städtischen Service Centers **562/2023**

Herr Brandt brachte den Antrag ein und begründete diesen anschließend.

Herr Walpurgis beantragte die **Vertagung**, wie auch bereits im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen geschehen.

Der Vertagungsantrag wurde kurz zwischen den **Herren Bruns, Fischer und Brandt** diskutiert, bevor dieser bei 36 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung **einstimmig angenommen** wurde.

Beschluss: vertagt

Kündigung des Vertrages mit dem Service Center Oldenburg zum 31.12.2024 und gleichzeitiger Aufbau eines städtischen Service Centers auf Grundlage der städtischen Telefonzentrale.

- 9.2.3 Antrag WIN@WBV-Fraktion: Einbindung des Rates in die Entwicklungsplanung im Rahmen des Stellenplans **566/2023**

Herr Fischer brachte den Antrag ein und **beantragte** gleichzeitig, den Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen anstelle des Rates einzusetzen.

Herr Stoffers äußerte Zweifel an der Rechtmäßigkeit. Der Ausschuss sei ein vorbereitender Ausschuss ohne Beschlusskompetenz. Er warf zudem die Frage auf, ob die Ausführung des Stellenplans nicht ohnehin eine Angelegenheit der Verwaltung und damit dem Zugriff durch den Rat entzogen sei.

Oberbürgermeister Feist stimmte dem zu. Der Rat beschließe zwar den Stellenplan; die Ausführung liege jedoch allein in der Hand der Verwaltung.

Herr Stoffers empfahl aus dem Grund, den letzten Satzteil zu streichen.

Herr Fischer zeigte sich damit einverstanden, sofern es sich um einen Änderungsantrag handele.

Herr Stoffers beantragte daraufhin, den Satzteil „... und dem Rat zur Entscheidung vorgelegt.“ ersatzlos zu streichen.

Dem Änderungsantrag von Herrn Stoffers wurde bei 32 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen **einstimmig zugestimmt**.

Der Änderungsantrag von Herrn Fischer wurde damit überflüssig.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(inklusive Änderung, bei 32 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

Der Rat der Stadt wird in die durch Fluktuation bedingte Entwicklungsplanung im Rahmen des Stellenplans aktiv einbezogen.

Dazu werden zeitgerecht, mindestens halbjährig, die jeweils planbar freiwerdenden Stellen mit den Planungen zu Wiederbesetzungen oder Verlagerungen im Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen und bedarfsabhängig in weiteren Ausschüssen beraten. ~~und dem Rat zur Entscheidung vorgelegt.~~

(geändert auf Antrag von Rats Herrn Stoffers im Rat am 11.10.2023)

9.4 Ausschuss für Sport (Beigeordneter Walpurgis)

9.4.1 Antrag CDU-Fraktion: Nutzungskonzept Beachvolleyballanlage Freiligrathstraße **580/2023**

Herr Heinemann brachte den Antrag ein.

Herr Baruschke und **Frau Kloster** signalisierten ihre Zustimmung.

Nach der Abstimmung dankte **Oberbürgermeister Feist** für das einstimmige Votum und sprach gleichzeitig Herrn Ibrom seinen Dank für dessen langjähriges Engagement aus.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 35 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Der Rat beschließt:

1. Die Verwaltung erstellt ein Nutzungskonzept für die Beachvolleyballanlage an der Freiligrathstraße mit dem Ziel des dauerhaften Erhalts dieser Sportanlage.
2. Die Verwaltung bindet die auf der Anlage trainierenden Sportvereine (z.B. WSSV etc.) sowie die nutzenden Schulen in die Erstellung des Konzeptes mit ein.
3. Die Verwaltung legt dem Rat das Nutzungskonzept bis zum 31.03.2024 zur Beschlussfassung vor.

9.5 Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Brandschutz
(Ratsfrau Kloster)

9.5.1 Einführung eines Klima-Checks für Beschlussvorlagen **243/2023**

Frau Kloster trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Brandschutz vom 04.10.2023 vor.
Anschließend brachte sie für die Gruppe GRÜNE und GfW den folgenden **Änderungsantrag** ein:

„Der Beschlusstext wird um Folgendes ergänzt:

Im zuständigen Ausschuss „Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Brandschutz“ wird bis auf Weiteres ein ständiger Tagesordnungspunkt „Aktuelle Beschlussvorlagen im Klima-Check“ eingeführt.“

An der Diskussion über den Änderungsantrag beteiligten sich **Herr Stump, Herr Hager, Frau Kloster, Herr Walpurgis, Herr Tönjes, Frau Mandt, Herr Dr. Weithöner** und **Herr Fischer**.

Der Änderungsantrag wurde daraufhin bei 17 Ja-Stimmen und 20 Nein-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Anschließend sprach sich **Herr Dr. Weithöner** für die Beschlussvorlage aus. Ihm sage die Begrenzung des Vorhabens auf zunächst nur ein Jahr zu, um die Auswirkungen besser absehen zu können.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 25 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen)

Zukünftig wird bei allen Beschlussvorlagen der Verwaltung ein Klima-Check durchgeführt, um Klimaschutz und Klimawandelanpassung in Beschlüssen der Verwaltung stärker zu berücksichtigen. Dieser Klima-Check wird als Anhang zu Beschlussvorlagen neben den finanziellen und personellen Auswirkungen dokumentiert. Es handelt sich hierbei um die erweiterte Umsetzung des Beschlusses 321/2021 aus dem Dezember 2021.

9.5.2 Satzung über die Erhebung von Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Feuerwehr (Berufsfeuerwehr und Freiwillige Feuerwehr) außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben **282/2023**

Frau Kloster trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Brandschutz vom 04.10.2023 vor.

Herr Hager signalisierte die Zustimmung der SPD-Fraktion.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 34 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen)

Der Rat beschließt die Satzung über die Erhebung von Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Feuerwehr (Berufsfeuerwehr und Freiwillige Feuerwehr) außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben.

9.5.3 Errichtung eines Multifunktionsgebäudes auf dem Gelände der Feuer- und Rettungswache 2 **285/2023**

zurückgezogen

10 Einwohnerfragestunde II
(Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung gem. § 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Frau Vivien Jehnrich bezog sich auf die Anlage „Stellungnahme Forstamt“ zu Tagesordnungspunkt 9.3.3. Die dort genannte „Begründung zu Punkt 4.3“ sei nicht hinterlegt und sie bitte daher um Bereitstellung für die Mitglieder des Sanierungsbeirates.

Herr Marušić sagte zu, das Bezugsschreiben zur Verfügung zu stellen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 18:15 Uhr

gez.

gez.

gez.

Becker
Ratsvorsitzender

Feist
Oberbürgermeister

Rogel
Protokollführerin